

Protokoll der Frühjahrstagung 2026
**Brasilien im Wahljahr 2026:
Demokratie, Klimapolitik und
Quilombismos**



Titel: COP 30 – was war, was bleibt
Datum & Uhrzeit: 28.03.2026, 14:00 Uhr
Referent*innen: Camila da Abreu, Vinícius
Mendes, Biancka Arruda Miranda und
Thomas Fatheuer
Moderation: Uta Grunert
Protokollant*in: Peter Zorn
Protokoll:

Die COP 30 war im Jahre 2025 ein prägendes Ereignis für Brasilien. Nach einer kurzen Bilanz gingen wir der Frage nach, inwieweit die COP brasilianische Politik über das Event hinaus beeinflusst.

Der People's Summit bzw. Cúpula dos Povos habe gezeigt, so Vinícius Mendes in einem generellen Resümee, dass Klimagerechtigkeit nicht ohne den Erhalt und die Verteidigung territorialer Rechte errungen werden könne. Diese Aufgabe sei kein rein brasilianisches oder nationales, sondern ein globales Projekt, das auf die internationale Kooperation der Zivilgesellschaft angewiesen sei.

Camila de Abreu bestätige diese Einschätzung anhand konkreter Beispiele: Nicht zuletzt in Bahia könne man „schockierende Beweise“ sehen, die zeigen würden, dass Klimagerechtigkeit nicht ohne territoriale Gerechtigkeit möglich sei. Wie sich exemplarisch in drei Gemeinden in der semiariden Region Bahias verfolgen lasse, werden Landrechte zum Gegenstand von Infrastrukturprojekten, etwa im Rahmen von Projekten zum Abbau von Eisenerz. Von lokalen Gemeinschaften bewirtschaftete Almenden werden von aggressiven Unternehmen als vermeintlich „leere Räume“ betrachtet. Menschen werden vertrieben ohne die gesetzlich zwingenden Konsultationen vorab durchzuführen. Druck und Zwang statt Recht und Gesetz sind die Realität. Menschen verlieren ihre Häuser, ihr Land oder den Zugang zu Wasser und sind Leidtragende von massiven Umweltverschmutzungen. Dabei kann keine Entschädigung kontaminiertes Wasser ersetzen. Die Menschen, die in Munizipien zusammengelebt haben, werden bei Umsiedlungen auf verschiedene Kleinstädte verteilt und verlieren so ihre sozialen Bindungen. Diese dramatischen Konsequenzen sind auch möglich, weil die Behörden ihren Überwachungsaufgaben kaum nachkommen können, während die Lizensierungen von Abbaurechten für Bergbauunternehmen zügig vorangetrieben werden.

All diese Projekte stehen in internationalen Zusammenhängen, aktuell besonders im Rahmen der Ambitionen, eine Energiewende durchzusetzen. Projekte zum Ausbau von Windenergie beispielsweise kommen nicht der lokalen Bevölkerung in Bahia zugute, sondern dienen zur Energieversorgung im Erzabbau, um „grünes Erz“ und schließlich „grünen Stahl“ zu produzieren oder die Produktion zumindest entsprechend zu labeln.

Protokoll der Frühjahrstagung 2026
**Brasilien im Wahljahr 2026:
Demokratie, Klimapolitik und
Quilombismos**



Die global als Umwelt- und Klimaschutz gerahmten Prozesse schaffen so lokal „Klimaschutzopfer“. Dass Klimaschutz daher nicht ohne Beteiligung der Betroffenen dieser Prozesse und Projekte Klimagerechtigkeit herstellen könne, sei insofern die zentrale Botschaft der Cúpula dos Povos, so Camila de Abreu zusammenfassend.

Biancka Arruda Miranda konnte als akkreditierte Pressevertreterin die offizielle COP beobachten und begleiten. Ihrer Wahrnehmung nach war die besondere Nähe der COP in Belém zu den sechs bedrohten Biomen eine Besonderheit und klar zu spüren. Vertreter*innen der indigenen Gemeinschaften waren äußerst präsent, auch bei der offiziellen COP. Sie hatten allerdings, und das sei ein entscheidendes Manko gewesen, keine Entscheidungskompetenzen. „Sie waren da, aber was das bedeuten sollte, blieb unklar“, so Biancka Arruda Miranda. In der „blauen Zone“ waren während der COP häufig Protestaktionen zu beobachten, nach denen jedes Mal die Anzahl des Sicherheitspersonals der Vereinten Nationen gesteigert wurde. Auch hatte man eine Art „Sondereingangsbereich“ für Vertreter*innen der indigenen Gemeinschaften geschaffen. All dies zeigte eine „gewisse Angst“ oder Nervosität, wenn Auftritte der Indigenen zu erwarten waren. Zugleich erschien die Haltung der brasilianischen Regierung nahezu zynisch, wenn sie einerseits die Mobilisierung der Zivilgesellschaft und nicht zuletzt der indigenen Gemeinschaften für die COP gefördert hat, während sie andererseits eine Klimaschutzpolitik betreibt, die die beschriebenen katastrophalen Folgen hat. Im Ergebnis seien die Vertreter*innen der indigenen Gemeinschaften allein zur Legitimation der COP dienlich gewesen, mehr nicht.

Thomas Fatheuer lenkte den Blick auf die Verhandlungen zum Klimaschutzinstrument des CO₂-Handels, das Gegenstand der Verhandlungen auf der COP war. In Baku sei von Süden kritisiert worden, dass die Mittel zur Finanzierung des Klimaschutzes nicht ausreichen würden. Zur Enttäuschung des globalen Südens sei gerade diese Debatte in Belém nicht neu aufgeschnürt worden. Geld werde in der aktuellen Weltlage für andere Zwecke ausgegeben, etwa Waffen für die zunehmenden militärischen Konflikte und Kriege. Als vermeintliche Antwort wurden nun Instrumente auf den Weg gebracht, so Thomas Fatheuer, die, man könne es kaum anders sagen, „einfach schlecht“ seien. Da es an öffentlichen Geldern mangelt, sollen nun Finanzmittel über Märkte generiert werden. Zwar sei ein weltweiter Markt für CO₂-Zertifikate nach Artikel 6 des Pariser Klimaschutzabkommens immer umstritten gewesen. Artikel 6 Absatz 2 lässt aber den „CO₂-Austausch“ zwischen Staaten zu, Absatz 4 denselben zwischen anderen Akteuren, etwa im Flugverkehr. Die Europäische Union selbst hat beschlossen, dass 5 Prozent des Einsparungsziels mit Bezug zum Stand des Jahres 1990 mittels Zertifikatehandel gedeckt werden darf. Dies ergebe einen riesigen Bedarf an Zertifikaten, die vom globalen Süden gekauft werden sollen. Menschen im globalen Süden werden damit Verhaltensänderungen zugemutet, um im globalen Norden so weitermachen zu können wie bisher. Diesen Mechanismus und diese Struktur müssten NGOs wie Kobra denunzieren, so Thomas Fatheuer. Zudem werden aufgrund von Missbrauch und Skandalen die angegebenen bzw. verkauften Mengen faktisch eher nicht eingespart. Ob die COP in Belém für den globalen Klimaschutz, zumal unter den Anforderungen herzustellender Klimagerechtigkeit, überhaupt etwas gebracht habe, sei insofern zweifelhaft. Für die Mobilisierung der Zivilgesellschaft sei sie aber ein Erfolg gewesen.